

Problemsprache Deutsch: Viele Dreijährige benötigen staatliche Frühförderung

Viele fremdsprachige Kinder kommen zu wenig in Kontakt mit der ersten Landessprache. Dass sie gefördert werden, ist wichtig – ansonsten drohen ihnen negative Konsequenzen.



von Sebastian Briellmann
am 25.6.2021, 09:56 Uhr



Foto: Kanton Basel-Stadt

Die Zahlen erscheinen besorgniserregend hoch: Im Mai hat der Kanton-Basel Stadt mitgeteilt, dass 41 Prozent der Kinder ab drei Jahren an staatlichen Förderprogrammen teilnehmen und Deutsch lernen müssen. 779 Kinder besuchen deswegen mindestens zwei Halbtage pro Woche in einer Spielgruppe oder einer Kindertagesstätte eine «frühe Deutschförderung».

Der Kanton Basel-Stadt war der erste Kanton, der das Problem der ungenügenden Sprachkenntnisse vieler (meist fremdsprachiger) Kinder im Vorschulalter zumindest zu lindern versucht. Vor acht Jahren wurde die Sprachförderung eingeführt – zu Recht wie sich gezeigt hat: 76

Prozent der Kinder mit Deutsch als Zweitsprache mussten gefördert werden. Evaluiert wurden die Kinder mit einem Kontaktformular an die Adresse der Eltern.

Es drohen negative Folgen

Seither wird das Modell, das der damalige Bildungsdirektor Christoph Eymann (LDP) zusammen mit der Universität Basel vorangetrieben hat, auch in anderen Schweizer Kantonen und Städten verwendet. Das überrascht nicht: Ungenügende Deutschkenntnisse sind weit verbreitet. Und wer während seiner Schulzeit mit Defiziten in der ersten Landessprache zu kämpfen hat, holt diese kaum mehr auf. Das wirkt sich bei der schulischen Ausbildung negativ aus.

Auch die Stadt Zürich setzt aufs Basler Kontaktformular. Allerdings ist die Frühförderung freiwillig – und wird einkommensabhängig verrechnet. Der Bedarf ist dennoch gross: 61 Prozent der Kinder wachsen mehrsprachig auf. Und über 900 Kinder, teilt die Stadt auf Anfrage mit, hatten im letzten Jahr «geringe Deutschkenntnisse» – da die meisten jedoch eine deutschsprachige Kita besuchen, erhalten nur neun Prozent eine Empfehlung von der Stadt.

Viel Potenzial vorhanden

Gemäss des aktuellen Bildungsberichts Schweiz erreichen Kinder, die fremdsprachig in den Kindergarten eintreten, im Schnitt tiefere Bildungsabschlüsse als diejenigen, die die regionale Landessprache beherrschen. Bildungspolitisch aber auch volkswirtschaftlich sei es deshalb wichtig, dass möglichst viele Kinder ihre Potentiale ausschöpfen und im dualen Bildungssystem reüssieren könnten.

Auch in der Stadt Bern basieren die Förderangebote auf freiwilliger Basis. Das bedeutet natürlich auch, dass nicht alle Kinder, die eine Förderung nötig hätten, auch registriert werden. In der Bundesstadt haben zum Beispiel bei der letzten Kontaktaufnahme 922 von 1380 angeschriebene Eltern den Fragebogen ausgefüllt und zurückgeschickt – das entspricht 67 Prozent. Ein Viertel der erreichten Kinder haben einen Förderbedarf. Das sind 236.

Obschon 60 Prozent bereits einen Platz in einer Kita oder Spielgruppe haben – und für den Rest von staatlicher Seite eine Lösung organisiert wird –, ist für Eliza Spirig, Leiterin des Fachbereichs Frühförderung, klar: «Man kann immer noch mehr tun. Das Potential der Frühförderung ist noch nicht ausgeschöpft.» Was für Bern gilt, gilt für die ganze Schweiz.

«Besorgniserregend»

Deshalb ziehen viele Bildungsdirektionen nach. Während in Luzern oder Chur bereits auf das Basler Konzept zurückgegriffen wird, lanciert zum Beispiel auch der Kanton Thurgau ein gross angelegtes Frühförderprogramm. Zahlen, wie viele Kinder Bedarf an diesem haben werden, kann die Staatskanzlei auf Anfrage noch keine nennen – aus den Erfahrungen der Stadt Frauenfeld geht Sprecher Markus Zahnd aber davon aus, das im kantonalen Schnitt rund ein Viertel der Dreijährigen einen Sprachförderbedarf ausweisen würden.

Zahnd bestätigt, dass die Situation aus bildungspolitischer Sicht «besorgniserregend» sei, «und zwar in erster Linie für die betroffenen Kinder. Sie weisen sprachliche Lücken auf, die einen normalen Start in die Volksschule und die soziale Integration extrem erschweren.»

Alexander Grob, Psychologieprofessor an der Universität Basel, hat den Fragebogen zur Evaluation der Kindern entwickelt – und die Förderprogramme untersucht: Wenig überraschend konnten Verbesserungen festgestellt werden. Die Defizite – ebenfalls wenig verwunderlich – aber bleiben gross.

[Fragebogen_Deutsch_Englisch.pdf](#)

Im Kanton Basel-Stadt geniessen zum Beispiel Lehrlinge einen miserablen Ruf. Lehrmeister und Wirtschaftsverbände grummeln schon lange wegen fehlender Qualität – insbesondere bei den Sprachkenntnissen. Der Boss der Handelskammer beider Basel, Martin Dätwyler, sagte im letzten Jahr der «Basler Zeitung» quasi stellvertretend für die Arbeitgeber: «Es ist nicht Aufgabe der Wirtschaft, in der Schule entstandene Defizite auszugleichen.»

Soziale und ökonomische Folgekosten

Dieter Baur, der damalige Leiter Volksschulen, bestätigte, dass die Schulen aufgrund vieler Schüler mit Migrationshintergrund mit Herausforderungen konfrontiert sind – namentlich im Fach Deutsch. Man räume diesen grosse Priorität ein, etwa mit einem erhöhten Bewusstsein für sprachbewussten Unterricht.

Grob sagt, auch mit Blick auf seine Langzeitstudie: «Je früher sozial benachteiligte Gruppen beim Spracherwerb gefördert werden, desto weniger Probleme haben später Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht und desto tiefer fallen die sozialen und ökonomischen Folgekosten für die Gesellschaft aus.» Sicher ist, dass die Aufgabe, diese Kosten tief zu halten, für ein Einwanderungsland wie die Schweiz weiter eine schwierige bleiben wird.